



REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
157 · Ausgabe Region Bern · September 2015



Vertiefte Zusammenarbeit in der Kernregion Bern

Zum zweiten Mal haben sich die SP-Sektionen aus Ostermundigen, Köniz und der Stadt Bern zu einer gemeinsamen Versammlung getroffen. Diesmal wurden «Ideen für eine vertiefte Zusammenarbeit in der Kernregion Bern» zusammengetragen und diskutiert.

Zu Beginn stellte Christian Cappis, Vorstandsmitglied des Vereins «Bern NEU gründen» die Studie Bausteine für die Stadtregion Bern vor, die verschiedene Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit der Gemeinden der Region Bern untersucht hat. Die Ideen zur engeren politischen Zusammenarbeit wurden in der anschliessenden Podiumsdiskussion unter Leitung des Berner Stadtrats Thomas Göttin unter Einbezug des Publikums kontrovers diskutiert. Vertreten waren die drei Gemeinden durch Markus Willi, Parlamentarier aus Köniz, den ehemaligen Ostermundiger Gemeindepräsidenten Christian Zahler und Stefan Jordi, Stadtrat und Co-Präsident der SP Stadt Bern.

Gemeindefusion kein Selbstzweck

Auf dem Podium herrschte Einigkeit darüber, dass die Region Bern ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln muss und

dass es auf kantonaler Ebene ein überparteiliches Einstehen für die Interessen der Region braucht, wie es beispielsweise im Oberland oder im Emmental zu beobachten ist. Die Grösse und Heterogenität der Verwaltungsregion Bern-Mittelland wurde dabei als Hindernis benannt.

Eine Fusion der drei Gemeinden als langfristiges Ziel wurde zwar von niemandem in Frage gestellt, eine solche könne aber kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein, wie Christian Zahler ausführte. Denkbar sei auch eine Annäherung in kleinen Schritten. Die Fusion bereits jetzt zum Ziel einer vertieften Zusammenarbeit zu erklären, würde insbesondere in Köniz und Ostermundigen auf Widerstand stossen und könnte sich deshalb auch negativ auswirken, gab Markus Willi zu bedenken. Zudem müsse die Frage geklärt werden, welchen Einfluss und welche Kompetenzen die heutigen Gemeinden und Quartiere in einem zukünftigen Gross-Bern noch hätten. Klar für eine Gemeindefusion sprach sich hingegen Stefan Jordi aus, da aus seiner Sicht keine überzeugenden Alternativen für eine intensivere Zusammenarbeit im Raum stünden. Auch die Studie von «Bern NEU gründen» kam zum Schluss,

dass für eine verstärkte Zusammenarbeit mit demokratischer Legitimation eine Fusion die beste Lösung darstellt. Unbestritten war, dass die Kernregion Bern eine gemeinsame Entwicklungsstrategie braucht und insbesondere in den Bereichen Raumplanung und Verkehr, aber beispielsweise auch bei Sportanlagen, eine gemeindeübergreifende, demokratisch abgestützte Planung unumgänglich ist.

Gelungener Anlass mit Fortsetzung

Gegen Ende der Veranstaltung hatten auch die Nationalratskandidierenden aus den drei Gemeinden noch die Gelegenheit, sich und ihre Motivation vorzustellen. Der anschliessende reichhaltige Apéro wurde von den Genossinnen und Genossen rege genutzt, um sich zu vernetzen und die Diskussionen zur zukünftigen Zusammenarbeit zu vertiefen. Der sehr gelungene Anlass war von der SP Ostermundigen bestens organisiert worden. In Zukunft soll jeweils jährlich eine solche gemeinsame Versammlung durchgeführt werden, unter Einbezug weiterer SP-Sektionen aus der Agglomeration Bern.

Michael Sutter, Parteisekretär SP Stadt und Region Bern

Der Apéro wurde rege genutzt, um sich zu vernetzen und die Diskussionen zu vertiefen.

Stabsübergabe im Gemein

PER 31. JULI 2015 IST REGULA UNTEREGGER ALS OSTERMUNDIGER GEMEINDERÄTIN ZURÜCKGETRETEN. SIE TRUG SEIT 2009 DIE POLITISCHE VERANTWORTUNG FÜR DAS DEPARTEMENT TIEFBAU (SEIT 2013 TIEFBAU UND BETRIEBE). ANDREAS THOMANN TRITT NICHT NUR IM GEMEINDERAT IN IHRE FUSSTAPFEN, SONDERN AUCH ALS DEPARTEMENTSVORSTEHER TIEFBAU UND BETRIEBE. DER EHEMALIGE GEMEINDEPRÄSIDENT CHRISTIAN ZAHLER BEFRAGTE DIE BEIDEN ÜBER IHRE ERFAHRUNGEN UND IHRE ABSICHTEN.

Andy, nach langjährigem Engagement in der Lokalpolitik hast du kürzlich den Schritt aus dem Parlament in den Gemeinderat gemacht. Hast du schon einen Unterschied zwischen den beiden Tätigkeiten festgestellt?

Der Zeithorizont ist eigentlich etwas kurz, um bereits jetzt eine Analyse machen zu können. Die Gemeinderatstätigkeit unterscheidet sich einmal im Sitzungsrhythmus und der Anzahl von Geschäften von der Parlamentstätigkeit. Ich möchte aber auch unterscheiden zwischen den Funktionen Gemeinderat und Departementsvorsteher

Tiefbau und Betriebe. Beim Gemeinderatsmandat habe ich bereits festgestellt, dass die Grösse des Gremiums einen wesentlichen Einfluss auf die Tätigkeit hat. Vor den letzten Gemeindewahlen war ich bereits für kurze Zeit Mitglied im damaligen 9-köpfigen Gemeinderat. Ich bin dann wegen der Reduktion der Gemeinderatssitze von 9 auf 7 und aufgrund der Wahl des parteilosen Thomas Iten ins Gemeindepräsidium ausgeschieden. Diese Zeit im Gremium war weniger intensiv als jetzt, da sich die politische Arbeit auf mehr Personen verteilte. Bei einem 7er-Gremium kommt jedes Mitglied «öf-

Vorher hatte ich die Gelegenheit, vieles anzustossen. Nun habe ich die Möglichkeit, Projekte zu planen und umzusetzen.

ANDY THOMANN

ters dran». Das Departement ist völlig neu für mich und ich bin intensiv am mich Einarbeiten – der Aufgaben sind viele. Dank der Unterstützung meines professionellen Teams im Departement Tiefbau und Betriebe sollte ich dies aber in nützlicher Frist auch «auf die Reihe» kriegen.

Regula, du warst während 8 Jahren im Parlament und während 7 Jahren im Gemeinderat sehr aktiv. Wie hast du diese Tätigkeiten erlebt?

Ich habe beide Tätigkeiten als interessant und bereichernd erlebt. Im Parlament war ich Teil einer Fraktion und habe in diesem Rahmen meine Beiträge geleistet. Dabei hat mich immer vieles interessiert. Meine Schwerpunkte waren aber die Sozialpolitik und die Gemeindereform. Als Gemeinderätin übernahm ich Verantwortung für ein grosses Departement und die Erfüllung der entsprechenden Aufgaben. Im Gemeinderat konnte ich mich auch bei anderen Themen einbringen. Insgesamt, denke ich, lag mir die Exekutive mehr. Meine Stärken liegen im Entwickeln und Umsetzen. Natürlich braucht man auch die kompetenten und loyalen Mitarbeitenden in der Verwaltung und die politischen Mehrheiten. Beides hatte ich – zumindest auf Ebene Gemeinderat und Parlament – praktisch ausnahmslos. Welche deiner Geschäfte waren besonders interessant?

Besonders interessant fand ich vor allem die grossen und schwierigen Geschäfte: Ich durfte wichtige und komplexe Projekte wie die Behörden- und Verwaltungsreform und dann auch Tram Region Bern leiten. Ich war ausgesprochen überzeugt von diesen Vorhaben. Die Arbeit hat mich sehr beansprucht, aber auch richtig gepackt. Interessant war dabei auch die Zusammenarbeit mit verschiedensten Leuten. Spannend war natürlich auch, dass insbesondere die Erschliessung und der Spa-



derat Ostermundigen

tenstich für die Oberfeldüberbauung in meine Amtszeit gefallen sind – das war für Ostermundigen ein absolutes Grossprojekt. Auf einer anderen Ebene stellte auch die Fusion von zwei Abteilungen eine Herausforderung dar (Tiefbau und Gemeindebetriebe).

Andy, was reizt dich an der Tätigkeit als Mitglied der Exekutive?

Im Grossen Gemeinderat, vorher auch schon «ausserparlamentarisch», hatte ich die Gelegenheit, vieles anzustossen. Jetzt bin ich eine Stufe weiter: Als Gemeinderat habe ich nun die Möglichkeit, Projekte auch zu planen und umzusetzen.

Welche Schwerpunkte siehst du auf dich zukommen?

Der erste Schwerpunkt kommt nicht mehr auf mich zu, er hat mich bereits eingeholt und beschäftigt mich bereits seit Wochen sehr intensiv. Es geht um das «Tram für Ostermundigen», welches ich (endlich) zum Fahren bringen möchte. Momentan erarbeiten wir die Stellungnahme des Gemeinderates zur Volksinitiative «Bernstrasse sanieren – Verkehr optimieren», welche eine Tramlinie in Ostermundigen vorsieht. Noch dieses Jahr wird der Grosse Gemeinderat (GGR) deshalb über die zukünftige Verkehrspolitik in Ostermundigen entscheiden können. Im Februar erfolgt dann die Volksabstimmung. Beim Tram Region Bern hatten letztes Jahr nur 233 Stimmen gefehlt ...

Weiter wird mich nächstes Jahr das Projekt Renaturierung und Offenlegung unseres «Dorfbaches», des Lötchenbachs, beschäftigen. Dieser teilweise bereits offengelegte Bach soll wieder vollständig am Tageslicht fließen dürfen.

Zusätzlich stehen mehr als 200 Geschäfte an, die durch die Abteilung Tiefbau und Betriebe momentan erarbeitet und umgesetzt werden müssen.

Hast du bei diesen brisanten Geschäften die politischen Mehrheiten auf sicher – oder wie willst du dafür kämpfen?

Bei diesen Geschäften habe ich nicht nur im Gemeinderat – ich bin die einzige SP-Vertretung im 7-köpfigen Gemeinderat – zu kämpfen, sondern



muss auch versuchen, die politische Mehrheit im Parlament zu gewinnen oder diese beim Volk zu holen.

Regula, wie erlebst du die parteiübergreifende Zusammenarbeit?

Wir haben in Ostermundigen eine sehr fruchtbare und respektvolle parteiübergreifende Zusammenarbeit. Im Parlament gelang es der SP zusammen mit den Mitteparteien immer wieder, sozialpolitische Ziele zu realisieren oder Anträge der SVP auf massive Budgetrestriktionen zu verhindern. Den Gemeinderat habe ich vorrangig als Team erlebt, in dem um gute Lösungen gerungen wird. Entscheidend waren immer die guten Argumente zum konkreten Geschäft und nicht einfach das Parteiprogramm. – Und man/frau kann nach harten Diskussionen immer zusammen essen gehen. Das war im Parlament und im Gemeinderat so und ich hoffe, dass das so bleibt. Das zeigt den respektvollen Umgang untereinander.

Letzte Frage, Regula, du kannst dein politisches Interesse ja nicht einfach beiseitelegen. Weisst du schon, wo und wie du dich in Zukunft politisch engagieren willst?

Wir haben in Ostermundigen eine sehr fruchtbare und respektvolle parteiübergreifende Zusammenarbeit.

REGULA UNTEREGGER

Ja, ich bleibe politisch interessiert, auch wenn ich nicht mehr für eine dritte Legislatur antreten wollte und nun rechtzeitig zurückgetreten bin. Ich habe noch während meiner Amtszeit erste wichtige Weichen für die Abstimmung zur Traminitiative gestellt und werde mich nun sicher im Abstimmungskampf engagieren. Die Exekutive darf sich dann ja nicht mehr engagieren – so wurden wir zumindest letztes Jahr bei der Tramabstimmung instruiert. Ich bin auch im Unterstützungskomitee für das Hochhaus, über das wir noch dieses Jahr abstimmen. Und dann schauen wir, was kommt. Ich war bei Amnesty, bei der Infra Bern, habe mitgewirkt, eine Beratungsstelle für behinderte Frauen aufzubauen (avanti donne). Ich bin offen für vieles.

Herzlichen Dank für das Gespräch! Ich wünsche dir, Andy, viel Erfolg bei deiner neuen Aufgabe und dir, Regula, etwas mehr Mussestunden als während den vergangenen, intensiven Jahren – und ich freue mich auf die zukünftigen politischen Diskussionen mit euch beiden!

«Die Sozialhilfe ist unter grossem Druck»

SEIT GUT EINEM JAHR LEITET FELIX WOLFFERS ZUSAMMEN MIT THERESE FRÖSCH DIE SCHWEIZERISCHE KONFERENZ FÜR SOZIALHILFE (SKOS). DANK REFORMEN HAT SICH DEREN AKZEPTANZ SEITHER KLAR VERBESSERT. DOCH DER DRUCK AUF DIE SOZIALHILFE BLEIBT HOCH UND ES BRAUCHT BEDEUTENDE MITTEL FÜR DIE BILDUNG.

Heute hat die SKOS ein klar linkes Präsidium. Wirkt sich das auf ihre Akzeptanz aus?

Die Akzeptanz hängt vor allem davon ab, dass die SKOS als Fachorganisation eine hohe Glaubwürdigkeit hat. Die Sozialhilfe ist unter grossem Druck. Wichtig war deshalb, die Kritik ernst zu nehmen und die Diskussion zu versachlichen. Wir haben sehr rasch ein Reformpaket aufgegleist, was dazu geführt hat, dass sich die Glaubwürdigkeit der SKOS deutlich verbessert hat. Wir sind aber noch nicht über den Berg. Angriffe auf die Sozialhilfe und damit auf die sozial Schwächsten gibt es nach wie vor in vielen Kantonen und Gemeinden, insbesondere auch im Kanton Bern.

Welche Reformen habt ihr ergriffen?

Wir haben rasch die Zusammenarbeit mit der Sozialdirektorenkonferenz intensiviert. Die SODK übernimmt nun mehr politische Verantwortung für die Unterstützungsrichtlinien, was das SKOS-Regelwerk stärkt. Auf Anfang nächstes Jahr tritt eine ganze Reihe von Reformen in Kraft, welche die SKOS auf der Grundlage einer Mitgliederbefragung erarbeitet hat. Wir bauen zudem die Dienstleistungen für die Mitgliedsgemeinden der SKOS aus.

Gemeinden wie Köniz wollen sich nicht mehr an die SKOS-Richtlinien halten. Es werde zu grosszügig gerechnet. Bröckelt die Solidarität wegen steigender Kosten?

Steigende Kosten sind für viele Gemeinden ein grosses Problem und erhöhen den Druck auf die Sozialhilfe. Dabei wird übersehen, dass die Sozialhilfe ein sehr kostengünstiges System ist. Sie macht weniger als zwei Prozent der Gesamtaufwendungen für die soziale Sicherheit in der Schweiz aus. Mit diesem bescheidenen Anteil wird die Exis-



«Es gibt immer mehr Personen, die über eine längere Zeit unterstützt werden müssen, weil der Arbeitsmarkt sie nicht mehr will.»

FELIX WOLFFERS

tenz von mehr als 250 000 Personen gesichert. Zudem: Die Leistungen der Sozialhilfe liegen deutlich unter den Ansätzen der Ergänzungsleistungen oder des betriebsrechtlichen Existenzminimums.

Der aktuelle Bericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten legt einen Schwerpunkt auf die Langzeitbeziehenden. Was sind die Erkenntnisse für die Stadt Bern?

Die Studie bestätigt einen Trend, den wir in Bern seit einigen Jahren feststellen: Es gibt immer mehr Personen, die über eine längere Zeit unterstützt werden müssen, weil der Arbeitsmarkt sie nicht mehr will; und weil sie wegen der verschiedenen IV-Revisionen auch keine Rente mehr erhalten. Die Zahl der IV-Neurenten hat sich in den letzten Jahren halbiert, die IV hat sich so finanziell saniert. Das führt umgekehrt aber zu steigenden Kosten in der Sozialhilfe und damit zu einer Verlagerung der finanziellen Lasten vom Bund auf die Gemeinden.

Bund, Kantone, Gemeinden – für alle steht ihre Kasse im Vordergrund und die sozial Schwächsten werden herumgeschoben?

Das hängt davon ab, wie gut der finanzielle Lastenausgleich unter den Gemeinden spielt. Im Kanton Bern haben wir eine sehr gute und gerechte Verteilung der Lasten, deshalb gibt es kein Abschieben von Bedürftigen in andere Gemeinden. Anders sieht die Situation beispielsweise im Kanton St. Gallen aus, wo es wegen des ungenügenden Lastenausgleichs eine menschenunwürdige Ausgrenzung von unterstützten Personen gibt. Aber aufgepasst: Mit verschiedenen erst kürzlich eingereichten Vorstössen wollen bürgerliche Mitglieder des Grossen Rats die Lastenverteilung im Kanton Bern aushöhlen.

Die Sozialhilfequote in den grossen Städten ist traditionell höher als auf

dem Land, aber in den letzten Jahren stabil bei etwa 5 Prozent der Bevölkerung geblieben. Neu verlagert sich die Sozialhilfeabhängigkeit in die Agglomerationsgemeinden. Warum?

Heute hat beispielweise Ostermündigen eine doppelt so hohe Sozialhilfequote wie die Stadt Bern. Dies ist vor allem eine Folge der Verknappung von günstigem Wohnraum in den Zentren. Wer eine günstige Wohnung braucht, findet diese oft nicht mehr in der Stadt selbst, sondern muss auf die umliegenden Gemeinden ausweichen.

Die Erwerbslosenquote ist bei niedrig Qualifizierten deutlich angestiegen. Warum?

Fast zwei Drittel der unterstützten Erwachsenen haben keinen Berufsabschluss. Umgekehrt werden auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie Fachkräfte gesucht und es gibt immer weniger Stellen für Unqualifizierte. Die reale Arbeitslosigkeit für Personen ohne Berufsabschluss liegt heute bereits bei etwa 10 Prozent. Wer keinen Berufsabschluss hat und zudem gesundheitliche oder sprachliche Defizite, findet kaum mehr eine Stelle.

Es braucht also dringend Investitionen in die Bildung?

Ja, unbedingt. Und ein zusätzliches Problem ist die sehr hohe Nichterwerbsquote im Asylbereich. Die grosse Mehrzahl der Asylsuchenden verfügt über keinen Berufsabschluss. Die Stadt Bern unternimmt bereits heute sehr viel für die berufliche Integration von Stellenlosen. Das reicht aber nicht. Es braucht vor allem von Bund und Kantonen zusätzliche bedeutende Anstrengungen und Finanzmittel, um in den nächsten Jahren die grosse Zahl von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Interview: Marieke Kruit, Stadträtin Bern